

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Aufnahmeortsgesetzes

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Drucksache 20/801 S „Entwurf zur Änderung des Ortsgesetzes zur Aufnahme von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege in der Stadtgemeinde Bremen (BremAOG)“ wird wie folgt geändert:

a) Nach Ziffer 5. wird Ziffer 6. eingefügt:

„6. § 8 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

- (3) Kinder, die spätestens am 30.09. eines Kindergartenjahres das 3. Lebensjahr vollenden, sollen jeweils zum Beginn des Kindergartenjahres in Kindergärten aufgenommen werden. Für Ausnahmeentscheidungen durch die Senatorin für Kinder und Bildung regelt diese Näheres durch Verwaltungsvorschriften. Kinder die zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember eines Kindergartenjahres das 3. Lebensjahr vollenden, können bereits zum Beginn des Kindergartenjahres in Kindergärten aufgenommen werden.“

b) Die bisherigen Ziffern 6 bis 10 werden zu Ziffern 7 bis 11.

Begründung:

Bisher sollen Kinder, die bis zum 31. Dezember eines Kindergartenjahres drei Jahre alt werden, bereits zu Beginn des Kindergartenjahres in Kindergärten aufgenommen werden.

Nach der Änderung soll für Kinder, die zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember drei Jahre alt werden (sogenannte 4.-Quartal-Kinder), die Aufnahme in Kindergärten weiterhin möglich bleiben, jedoch nicht mehr als Regelfall vorgegeben werden. Damit sollen einerseits die Kita-Beschäftigten deutlich entlastet werden, weil sie weniger Kinder mit intensiveren frühkindlichen Unterstützungsbedarfen mit der Personalausstattung einer Ü3-Gruppe zu betreuen haben. Andererseits soll den Belangen dieser Kinder besser Rechnung getragen werden.

Für etwas ältere Kinder, die bis zum 30. September eines Kindergartenjahres drei Jahre alt werden (sogenannte 3.-Quartal-Kinder), soll die bestehende Regelung zur Betreuung in Ü3-Gruppen bestehen bleiben. Ausnahmeentscheidungen zur Betreuung dieser 3.-Quartal-Kinder in Ü3-Gruppen durch die Senatorin für Kinder und Bildung sind im Einzelfall weiterhin möglich.

Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE